



Newsletter

Mai 2017

connosco e.V.
Lotharstr. 14-18
50937 Köln
Tel: +49-(0) 221-277 80 35
Website: www.connosco.de
E-Mail: info@connosco.de



Inhalt

Editorial	3
Kurznachrichten	4
Paraguay in den Schlagzeilen: Sturm auf Kongress und „Jahrhundertraub“ Von Christian Engels	5
Eskalation in Venezuela Von Henrik Trevisan	8
Nicaragua: Proteste gegen Kanalbau Von David Weghornr	10
Rajoy zu Besuch in Brasilien und Uruguay Von Monique Schumacher	14



Editorial

Liebe Lateinamerika-Freunde,

Einen Bericht über die aktuellen Geschehnisse in Paraguay finden Sie ab **Seite 5**. Über die weiter andauernden Proteste in Venezuela können Sie ab **Seite 8** lesen. In Nicaragua kam es zu wiederholten Demonstrationen und Zusammenstößen zwischen Polizei und Landbewohnern, die gegen den Bau des Milliarden schweren Bauprojektes des Nicaragua Kanals demonstrieren wollten. Für die Hintergründe lesen Sie ab **Seite 10**. Abschließend finden Sie noch einen Bericht zum Besuch des spanischen Premierministers Rajoy in Brasilien und Uruguay ab **Seite 14**.

Wenn Sie regelmäßig über Themen mit Lateinamerika-Bezug informiert werden möchten, abonnieren Sie unseren Newsletter. Alle Informationen dazu finden Sie auf unserer [Website](#).

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen unserer Analysen.

Das Team Wirtschaft & Politik von connosco e.V.

Kurznachrichten

Von Ann Boesch

- **Generalstreik in Brasilien:** In Brasilien riefen die Gewerkschaften am 29. April die Bevölkerung zum Generalstreik auf. Grund für die Proteste sind geplante wirtschaftliche Reformen des derzeitigen Präsidenten Michel Temer. Der seit Juli 2016 amtierende rechtskonservative Interimspräsident will vor allem das Rentensystem und das Arbeitsgesetz reformieren. In fast allen Städten des Landes kam es zu Demonstrationen. Während die Proteste in Sao Paulo mit etwa 70 000 Personen zu den größten zählte, kam es hauptsächlich in Rio de Janeiro zu gewaltsamen Ausschreitungen. Mehrere Autos und Busse wurden angezündet. Laut Statistiken ist die Anzahl der Arbeitslosen in Brasilien auf über 14 Millionen angestiegen.
- **Mexiko legalisiert medizinisches Marihuana:** Das mexikanische Abgeordnetenhaus legalisierte am 29. April den Konsum von Marihuana zu medizinischen Zwecken. Das Gesundheitsministerium wird nun Vorschriften erlassen, die den Anbau und Verkauf der Pflanze zu medizinischen und wissenschaftlichen Zwecken regulieren.
- **Trump will Freihandelsabkommen überarbeiten:** Die nordamerikanische Ratingagentur Moody's veröffentlichte am vergangenen Donnerstag (27. April) ihre Prognose zur Kreditwürdigkeit Mexikos. Das Land wurde weiterhin in der Kategorie A3 eingestuft, jedoch mit negativer Tendenz. Grund dafür ist die von Trump angekündigte Neuverhandlung des nordamerikanischen Freihandelsabkommens. Moody's bewertete strukturelle Änderungen der Wirtschaftspolitik als positiv. Sie befürchten jedoch, dass eine Überarbeitung des sich seit 23 Jahren in Kraft befindlichen Freihandelsabkommens schwere Folgen für die mexikanische Wirtschaft haben könnte, da etwa 80% des Außenhandels mit den USA betrieben wird.

Paraguay in den Schlagzeilen: Sturm auf Kongress und „Jahrhundertraub“

Von Christian Engels

Paraguay, ein Land bei dem manch einer Schwierigkeiten haben dürfte es auf der Landkarte Südamerikas zu finden, hat im April gleich zweimal für internationale Schlagzeilen gesorgt. Zunächst Anfang des Monats als Demonstranten den Kongress stürmten und jüngst durch den sogenannten „Jahrhundertraub“.

Sturm auf Kongress

In der Nacht auf den ersten April stürmte eine Gruppe Demonstranten den paraguayischen Kongress und steckten diesen teilweise in Brand. Die Polizei, die mit Gummigeschossen und Wasserwerfern vorging, konnte diesen zwar relativ rasch zurückerobern, die Auseinandersetzungen, die zu einer Hetzjagd auf die Demonstranten wurde, verlagerte sich jedoch auf die Straßen im Stadtzentrum. Auf ihrer Verfolgungsjagd drang die Polizei auch gewaltsam in den Sitz des Partido Liberal ein, wobei der 26-jährige Parteiaktivist Rodrigo Quintana ums Leben kam. Unter den zahlreichen Verletzten der Nacht befanden sich auch der Ex-Innenminister Rafael Filizzola („Partido Democrático Popular“) und der Präkandidat auf die Präsidentschaft Efraín Alegre („Partido Liberal Radical Auténtico“).

Umstrittene Verfassungsreform

Auslöser der massiven Proteste war ein undurchsichtiger Kuhhandel zwischen dem aktuellen Präsidenten Horacio Cartes vom „Partido Colorado“ und dem Exbischof sowie Expräsidenten Fernando Lugo (2008 -2012), der der reformorientierten „Frente Guasú“ vorsteht. Konkret ging es um eine Verfassungsreform, die die unmittelbare Wiederwahl des Präsidenten ermöglichen sollte, welche Cartes offen anstrebte. Lugo war seinerseits Ende letzten Jahres mit der Argumentation, dass er sein Mandat nicht vollendet habe („Matanza de Curuguaty“ mit anschließendem Amtsenthebungsverfahren), woraus er ableitete bei den Präsidentschaftswahlen 2018 in Paraguay erneut anzutreten, vor dem Wahlgericht gescheitert.

Die derzeitige Verfassung Paraguays von 1992 sieht eine fünfjährige Amtszeit ohne Wiederwahl des Präsidenten sowie des Vizepräsidenten vor

(Art. 229), eine historische Erfahrung der Diktatur General Alfredo Stroessner Matiaudas („Partido Colorado“), der Paraguay von 1954-1989 beherrschte und sich in kontrollierten sowie ritualisierten Wahlen immer wieder im Präsidentenamt hatte bestätigen lassen. Teile der Opposition lehnten die Verfassungsreform daher grundsätzlich ab und waren bei der außerordentlichen Sitzung des Senats, der die Verfassungsänderung vorläufig definitiv annahm, nicht anwesend.

Paraguays Präsident Horacio Cartes, auch kurz „HC“ genannt, hat auf die Proteste in Raten reagiert. Zunächst dadurch, dass Innenminister Tadeo Rojas und der Polizeichef Paraguays Crispulo Sotelo demissionieren mussten. Dann dadurch, dass er erklärte persönlich keine zweite Amtszeit mehr anzustreben, womit die Verfassungsänderung als solche noch nicht vom Tisch war. Aber auch diese wurde nun mehr vom Kongress mit großer Mehrheit zu den Akten gelegt. Die paraguayische Tageszeitung ABC betitelte dies als „Triumph der Bürger in der Verteidigung von Frieden und Demokratie.“

Der „Jahrhundertraub“

Einst waren es die Bandeirantes aus São Paul, die auf ihrer Suche nach Gold und Sklaven auf ihren Raub- und Eroberungszügen bis Tief ins Südamerikanische Hinterland vordrangen und sich dabei nicht an die von der Politik gezogenen Grenzen hielten. Selbst die Jesuitenreduktion, in denen die Indigenen Bevölkerung faktisch in Wehrdörfern „konzentriert“ waren, boten vor den Bandeirantes häufig keinen Schutz. Es lässt sich eine Parallelität konstruieren zwischen den Bandeirantes von einst und den Ereignissen des frühen Morgens vom 24. April, als rund 50 schwerbewaffnete Delinquenten die Grenze zur paraguayischen Stadt Ciudad del Este (früher Puerto Presidente Stroessner) überschritten und in einer gut organisierten Aktion sich den Weg zum Depot der spanischen Geldtransportfirma Prosegur frei schossen. Wie viel Bargeld in verschiedenen Währungen die Räuber dabei erbeutet haben ist unklar. Die Angaben bewegen sich zwischen 30 umgerechnet und 8 Millionen Dollar. Die Presse hatte für den brutalen Überfall mit anschließender kinoreifer Verfolgungsjagd, bei der ein Polizist sowie drei der Angreifer getötet wurden, schnell das Wort des „Jahrhundertraubs“ parat. Als verantwortlich wird die brasilianische Verbrecherorganisation „Primeiro Comando da Capital“ (PCC) angenommen, unter deren Kontrolle etliche Gefängnisse des Landes stehen. Privatisierung der Gewalt

Einen entscheidenden Unterschied zur Geschichte gibt es gleichwohl, hatte erst Portugal und dann Brasilien mit den Bandeirantes insgeheim gemeinsame Sache gemacht, in dem sie ihr Treiben duldeten und die auf ihren „Expeditionen“ okkupierten Gebiete später offiziell dem staatlichen Territorium eingliederten, kann davon heute keine Rede sein. Im Gegenteil auf der brasilianischen Seite des Paraná, bei São Miguel do Iguaçu und Itaipulândia, konnte die Polizei einige Delinquenten aufgreifen und nach einem Gefecht einen Teil der Beute sicherstellen. Die Polícia Federal (PF) konnte unterdessen zudem 10 weitere Verdächtige festnehmen. Brasiliens Präsident Michel Temer versicherte eine enge Zusammenarbeit in der Aufklärung des Verbrechens. Eine (Re)Privatisierung der Gewalt in Form transnationaler Verbrecher Gruppen oder „Nichtregierungsorganisation“, welche das Gewaltmonopol des Staates – nach Max Weber eine der fundamentalen Säule des modernen Staates – untergraben, kann letztlich heutzutage niemandes Interesse in der Region sein.

Eskalation in Venezuela

Von Henrik Trevisan

Seit Anfang April protestieren in Caracas, aber auch in anderen Städten Venezuelas, teilweise hunderttausende Menschen gegen die Regierung um Staatspräsident Nicolás Maduro. Ein Teil der Demonstrationen läuft friedlich ab, zum Teil arten sie aber auch in rohe Gewalt aus. So hat es neben zahlreichen Verletzten auch mehrere Todesopfer gegeben. Die Regierungstruppen werden von privaten Sicherheitskräften und Anhängern von paramilitärischen Gruppierungen unterstützt. Todesopfer sind auf beiden Seiten zu beklagen. Dennoch starben die meisten Opfer durch Schüsse, abgefeuert von Mitgliedern bolivarianischer Milizen.

Auslöser der Proteste

Grund für die Proteste sind die anhaltende Wirtschaftskrise und die Politik der Regierung um Maduro. Ganz konkret führte jedoch eine Entscheidung des Obersten Gerichts am 29. März zu den ersten Ausschreitungen. Dies hatte das von der Opposition dominierte Parlament entmachtet und den Parlamentariern die Immunität entzogen. Das Oberste Gericht hatte damit die Funktion der Legislative übernommen und somit die Gewaltenteilung aufgehoben. Kurzzeitig war also in Venezuela von einer Diktatur der Regierung die Rede. Aufgrund von internationalem diplomatischem Druck wurde die Entscheidung kurze Zeit später zwar zurückgenommen, dennoch halten die Proteste seitdem an.

Hintergründe

Einer der Hauptgründe für die schlechte wirtschaftliche Situation im Land ist der starke Ölpreisverfall. Aufgrund seiner Bodenschätze galt Venezuela lange als reichstes Land Lateinamerikas. Durch die starke Abhängigkeit vom Öl - mehr als 90 Prozent der Devisen stammen aus dem Export von Erdöl - und den Einbruch des Ölpreises, rutscht das Land immer tiefer in die Krise. Die Regale in den Supermärkten sind kaum noch gefüllt und es mangelt an Artikeln des alltäglichen Bedarfs. Aktuell liegt der Preis für ein Barrel der Ölsorte Brent bei etwa 52 US Dollar, was weniger als die Hälfte des Preises von Mitte 2014 beträgt. Verschiedene Banken und Organisationen haben geschätzt wie hoch der Preis sein müsste, damit Venezuela einen ausgeglichenen Staatshaushalt erreichen könnte. Die Schätzungen liegen

zwischen etwa 100-150 US Dollar pro Barrel. Die Inflation im Land betrug Schätzungen zufolge im Jahr 2016 800 Prozent, die Wirtschaftsleistung sank um etwa 20 Prozentpunkte.

Politische Situation

Die sozialistische Politik von Staatspräsident Nicolás Maduro wird stark kritisiert. Er übernahm 2013 den Posten und die Politik des verstorbenen Hugo Chávez, der in seiner Amtszeit zwischen 1999 bis zu seinem Tod seinen „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ eingeführt hatte. Er verstaatlichte große Industrien und nutzte das Geld aus dem Öl für seine Sozialprogramme. Diese umfassten vor allem die Bereitstellung günstiger Lebensmittel und Bildung für die ärmsten Schichten des Landes. Viele Kritiker werfen Chávez und seinen sogenannten „bolivarianischen Missionen“ vor, dass es ihm weniger um die Verbesserung der sozialen Situation der Menschen ging, sondern vielmehr darum, möglichst viele Wählerstimmen zu bekommen. In einem Beschluss des Parlaments im Januar 2017 wurde Maduro wegen Pflichtverletzungen als Präsident des Amtes enthoben. Da jedoch das Oberste Gericht nach wie vor regierungstreu handelt, erklärte es den Beschluss für nicht gültig.

Nicaragua: Proteste gegen Kanalbau

Von David Weghorn

Die Proteste um den im Bau befindlichen Nicaraguakanal reißen nicht ab. Am 22. April kam es erneut zu Protesten, als die Polizei die Zufahrtsstraßen nach Juigalpa für Busse und Trucks sperrte, um gegen die Proteste tausender Kleinbauern und Dorfbewohnern vorzugehen, die gegen Landenteignungen und befürchtete Umweltbelastungen des milliardenschweren Projekts demonstrieren wollten.

Der Kanal ist als Projekt der Superlative geplant. Er soll mit 278 Kilometern Länge eine alternative Verbindung zum Panamakanal zwischen Atlantik und Pazifik darstellen. Das jetzige etwa 50 Milliarden Euro teure Projekt ist die Fortsetzung einer Idee die schon seit der spanischen Kolonialzeit bestand und dessen Gedanke seitdem in unregelmäßigen Abständen vor allem durch Machbarkeitsstudien von Amerikanischen Ingenieuren wachgehalten wird. 1999 wurde die Idee des Kanals auch durch Arnold Alemán, dem damaligen Präsidenten Nicaraguas aufgegriffen, der ein Büro einrichtete um die Idee weiter zu forcieren. In den darauffolgenden Jahren gewann das Projekt nochmals an Relevanz, da die technische Entwicklung die Containerschiffe immer größer werden ließ und der Panamakanal in seiner bisherigen Form an Kapazitätsgrenzen stieß. Im Oktober 2006 kündigte Präsident Enrique Bolaños daraufhin einen Kanal an, der auf einer Route von 280 Kilometern auch Platz für die weltweit größten Containerschiffe bieten sollte. Doch dieser Plan scheiterte genauso wie die Versuche in den Jahren 2009 und 2012 das Projekt umzusetzen. Im Juni 2013 billigte die Nationalversammlung schlussendlich den Gesetzentwurf, die Konzession für den Bau des Kanals in seiner jetzigen Form an die HKND-Group, eine Holding aus Hongkong zu erteilen. Die jetzigen Pläne beinhalten auch zusätzliche Infrastruktur wie Flughäfen, Häfen, Straßen und Hotels, die unabhängig von der Umsetzung des Kanals gebaut werden soll und dem Unternehmen den Betrieb des Kanals auf 50 Jahre garantieren mit der Option um weitere 50 Jahre zu verlängern.

Der Kanal ist nicht nur prestigeprächtig, ihm wird seitens der Regierung auch ein erheblicher ökonomischer Nutzen zugeschrieben. Das Vorbild der

Panamakanal verhalf dem Land zu einem stetigen Wirtschaftswachstum. Dem Kanal wird in Teilen der Erfolg zugeschrieben, dass das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf Panamas zum Größten der Region aufstieg. Die von der Regierung eingesetzte Arbeitskommission schätzt gar, dass sich das BIP von Nicaragua um 200% vergrößert und zusätzlich neue Investments ins Land holt. Wie sich allerdings durch die neuerlichen Proteste zeigte, ist die Meinung, dass der Nicaragua Kanal eine solche Erfolgsgeschichte werden kann, umstritten.

Die Demonstrationen richten sich vor allem gegen den Vertrag, der intransparent mit der HKND ausgehandelt wurde. Es wird ein „Verkauf“ der Souveränität des Staates befürchtet, da der HKND in der Konzession für den Bau des Kanals umfassende Rechte eingeräumt werden, die Besitzer der Grundstücke entlang der geplanten Route zu enteignen. Zwischen 30.000 und 120.000 Landbewohner könnten von diesem Schicksal betroffen sein. Zwar sollen diese entschädigt werden, da allerdings einige Familien keine offiziellen Dokumente über die Eigentumsrechte an dem von ihrer Familie seit Generationen bewirtschafteten Grundstück halten, wird befürchtet, dass schlussendlich nur einem Bruchteil der Enteigneten wirklich eine Entschädigung gewährt wird.

Auch die negativen Umwelteinflüsse sind ein großes Thema beim Bau des Milliardenprojekts. Da die geplante Route durch den Nicaraguasee verläuft, rechnen Umweltschützer damit, dass die Nutzung des größten Süßwasserreservoirs in Folge großer Verschmutzung durch den Bau und Betrieb des Kanals unmöglich wird. Dadurch stünde die Wasserversorgung für einen Großteil der Bevölkerung auf dem Spiel. Weiterhin prangern Umweltschützer die enorme Zerstörung des Regenwalds an, der durch den 278 Kilometer langen Kanal verursacht würde und durch die ungünstige Lage in einer Hurrikanregion wird sogar befürchtet, dass der Kanal die Effekte der ohnehin starken Hurrikans verstärken könnte.

Das intransparente Vorgehen und die unklaren Bedingungen schwächen das Vertrauen in den ohnehin umstrittenen Präsidenten Ortega und seiner Ehefrau die im Anschluss an die Wahl als Vizepräsidentin des Landes ernannt wurde. Bürger befürchten gar, Ortega könnte sich durch den Deal

selbst bereichern, denn auch die Firma an die die Konzession vergeben wurde, wird kritisch gesehen. Die Firma (Hong Kong Nicaragua Canal Development Investment Co) wurde extra für dieses erste Projekt von Wang Jing dem chinesischen Milliardär und CEO einer Telekommunikationsfirma gegründet. Allerdings hat der Milliardär während der Finanzkrise große Verluste erlitten und ist derzeit auf der Suche nach weiteren Investoren. Daher ist auch die Finanzierung des Projekts unklar und es wird befürchtet, dass die chinesische Regierung durch eine mögliche Beteiligung ihren Einfluss in Südamerika noch vergrößern könnte.

Auf der Baustelle des Kanals hat sich seit dem offiziellen Baubeschluss im Juni 2013, trotz der ambitionierten Pläne der Verantwortlichen den Kanal innerhalb von fünf Jahren fertigzustellen, abgesehen vom offiziellen Spatenstich noch wenig getan. Unter der Oberfläche allerdings brodelt es gewaltig und die Demonstrationen gegen das milliardenschwere Projekt reißen nicht ab. Bereits am 24. Dezember 2014, zwei Tage nach Bekanntgabe des offiziellen Spatenstichs kam es zu erste Zusammenstößen zwischen Landbewohnern und Behörden. Mindestens 20 Menschen wurden verletzt, die Opposition spricht sogar von zwei Toten, die Regierung widerspricht dieser Behauptung allerdings.

In Folge der Proteste ließ die Regierung um Präsident Daniel Ortega groß angelegte Hausdurchsuchungen anordnen um die Teilnehmer der Proteste auszumachen, aus denen 50 Festnahmen resultierten. Nach weiteren Vorfällen, kam es zur bisher größten Kundgebung gegen den geplanten Bau, als im Juni 2015 zwischen 15.000 und 30.000 Bauern gegen das Projekt auf die Straße zogen.

Um ähnlichen Situationen vorzubeugen, wurden die Proteste, die für den 22. April in der Stadt Juigalpa angekündigt waren für illegal erklärt und daraufhin die Zufahrtsstraßen zu der Stadt kurzerhand geschlossen. Dadurch konnten Busse und Trucks mit denen Demonstranten transportiert werden sollten von Juigalpa ferngehalten werden. Die Polizei rechtfertigte dieses Vorgehen mit Waffen, die die Demonstranten angeblich mit sich führten. Ein Anwalt der Opposition sprach sogar von 20 Festnahmen, die auf die Demonstrationen folgten. Die Regierung wollte diese Information allerdings nicht bestätigen.

Auch aufgrund dieser jüngsten Vorkommnisse sind sich ausländische Beobachter unsicher, ob das Projekt letztendlich wirklich umgesetzt wird. In jedem Fall ist mit weiteren Protesten seitens der Opposition zu rechnen, die die Position von Daniel Ortega weiter schwächen und damit zu weiteren Konflikten in Südamerika führen könnten.

Rajoy zu Besuch in Brasilien und Uruguay

Von Monique Schumacher

Am 23. April reiste Spaniens Premierminister Mariano Rajoy in die brasilianische Hauptstadt Brasilia und somit zur ersten Etappe seines viertägigen Besuchs in Lateinamerika, der am 26. April in Montevideo endete. Die Reise stand ganz im Zeichen bilateraler Handelsbeziehungen, die weiter ausgebaut werden sollen. Besonders dem brasilianischen Sektor kommt in diesem Zusammenhang mit seinen über 200 Millionen Einwohnern große Bedeutung zu.

So wurde Rajoy am 24. April herzlich von dem brasilianischen Präsidenten Michel Temer empfangen und lobte dessen Finanzpolitik, die zunehmend auf Investitionen ausländischer Firmen setzt. Obwohl das brasilianische Bruttoinlandsprodukt noch 2016 um 3,6% gesunken war, fallen die Prognosen für die kommenden Jahre insgesamt positiv aus. So rechnet man mit einer Steigerung um 1,5% des BIP für 2017 und zwischen 3,5% und 4% für das Jahr 2018. Ausgeprägte Handelsbeziehungen zu Spanien als zweitgrößtem ausländischem Investor in Brasilien nach den USA sind zum Erreichen dieser Werte unerlässlich, aber auch Brasilien als flächen- und bevölkerungsmäßig fünftgrößter Staat ist für eine Expansion spanischer Firmen von großem Interesse. So betont der Chef des spanischen Finanzdienstleistungskonzerns Mapfre, Antonio Huertas, die wechselseitige Abhängigkeit beider Länder: „Brasilien braucht Spanien und Spanien braucht Brasilien.“

Den zweiten Tag seines Staatsbesuchs in Brasilien verbrachte Rajoy in São Paulo, dem Wirtschaftszentrum des Landes, wo er gemeinsam mit mehr als 50 spanischen Firmen und anderen Organisationen an einem brasilianisch-spanischen Forum teilnahm, bei dem auch 250 lokale Firmen anwesend waren. Banco Santander, Repsol und Iberia sind nur einige wenige der namhaften Firmen, die in São Paulo an diesem Dienstag vertreten waren.

Ein zentrales Gesprächsthema war jedoch nicht zuletzt auch das geplante Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union und dem

südamerikanischen Staatenbund Mercosur, der sich nach der Suspendierung Venezuelas nun aus den vier Mitgliedsstaaten Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay zusammensetzt. Sowohl die spanische als auch die brasilianische Regierung sprachen sich im Zuge des Staatsbesuchs Rajoys ausdrücklich für ein Handelsabkommen aus und forderten eine Beschleunigung der Verhandlungen.

Wie schon in Brasilien war das geplante Abkommen zwischen der EU und dem Mercosur auch auf Rajoys zweiter Etappe seiner Lateinamerika-Reise von zentraler Bedeutung. Seinen Besuch in Montevideo am 25. April leitete er jedoch zunächst mit an die in Uruguay lebenden Spanier gerichteten Worten des Stolzes ein. Hier betonte er, dass die Spanier trotz großer wirtschaftlicher Schwierigkeiten in der jüngsten Vergangenheit nicht kapituliert, sondern die Wirtschaftskrise überstanden hätten und somit nun wieder auf Zeiten des Aufschwungs hoffen könnten. Da das 3,4 Millionen Einwohner zählende südamerikanische Land von rund 70.000 Spaniern bevölkert wird, sprach Rajoy in seiner Rede einen großen Teil der Bevölkerung Uruguays an. Hier dankte er ganz Uruguay, da das Land im Lauf seiner Geschichte zehntausende spanische Migranten bei sich aufgenommen habe.

Am darauffolgenden Mittwoch traf Rajoy schließlich auf Uruguays Staatspräsidenten Tabaré Vázquez, mit dem er die bilateralen Handelsbeziehungen beider Länder diskutierte. Mit einem Handelsvolumen von 410 Millionen Euro im Jahr 2016 stellt Spanien den zweitwichtigsten Handelspartner Uruguays dar. Mehr als 100 spanische Firmen mit über 24.000 Arbeitsplätzen haben sich bereits in dem südamerikanischen Land niedergelassen. Rajoy betonte Vázquez gegenüber, dass er alles in seiner Macht Stehende täte, um die Verhandlungen zum Handelsabkommen zwischen der EU und dem Mercosur erfolgreich abzuschließen.

Der Staatsbesuch Rajoys stellt ein besonderes Ereignis dar, da es sich um den ersten bilateralen Besuch eines spanischen Regierungschefs in Uruguay seit José María Aznar im Jahr 1998 handelt.